

Der Kampf gegen die faschistische Gefahr

Die KPD an der Spitze
des antifaschistischen Kampfes
(1929–1933)

MANIFEST



der
Kommunistischen Partei Deutschlands
an das arbeitende Volk

Einheitsfrontaktion!

Fort mit den Notverordnungen! Fort mit der Papen-Regierung!

Kampf gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau! – Gegen faschistische Unterdrückung! – Verteidigt eure Arbeiterrechte! – Nieder mit den Tributverträgen! – Für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit! – Für den Sozialismus!

Klassengenossen! Werktätige in Stadt und Land!

Und alles bringt die Papen-Notverordnung danger zu sich. In ganz Deutschland wütht die Welle des Massenunterdrückes gegen den Anstieg der Millionen, der Kapitalisten und Junker. In ganz Deutschland wüthet der unfassliche Mord!

In einem Massen haben die Kommunisten verstanden, daß die Papen-Regierung vom Reichstag aus ihr kapitalistisches Programm durchzuführen konnte. Schützt auf eure mächtige Millionenfront haben die Kommunisten den Schicksal der kapitalistischen Interessenbanken, den Kubankel von Nazis und Junkern, die Demagogie der Vorkriegs- und den Nazis bis zur SPD, präpariert und erzwungen: Nicht der Vertreter der Schwarzarbeit und Großkonzern, der Monopolisten und Gewerks, nicht Herr von Papen sollte werden, sondern

Jetzt hat die Arbeiterklasse das Wort!

Mit 513 gegen 23 Stimmen – mit einer noch nie dagewesenen Mehrheit wurde der Antrag der KPD, auf Aufhebung der Papen-Notverordnung vom Reichstag beschloßen!

700 Millionen neuer Gefährde als Strafe für die Unterdrückung!

5,2 Milliarden für die Reichsfin.

Ihr sollt sie bezahlen!

Das ist der Tributplan der deutschen Kapitalisten gegen das deutsche werktätige Volk!

Nicht weniger räuberisch als der Dawospakt und der Youngplan!

Es wollen die Kapitalisten ihren Stoff und ihre Knechtschaft „retten“. Sie will hungern, damit ein kleines Häuflein von Hundstücken um so besser leben kann. Sie will in schändliche Ketten gefolgt werden, damit eine kleine Clique von Schwanzern an der Macht bleibt.

Es heißt: Werksverbot, Aushebung proletarischer Demonstrationen und Versammlungen, Unterdrückung revolutionärer Kampfverbände, Sondergerichte, Massenhaftanstalten gegen kommunistische, sozialdemokratische, Reichsbanner- und parteilose Arbeiter.

Arbeitendes Volk, heraus zum Kampf!

Studienmaterial für das 5. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1980/81

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur:

Ernst-Thälmann-Biographie, Seiten 427–641

Wolfgang Ruge: Weimar – Republik auf Zeit, Seiten 213–316

Pahl-Rugenstein-Verlag

Josef Schleifstein: Die „Sozialfaschismus“-These

Verlag Marxistische Blätter

Seminarfragen:

1. Worin unterscheidet sich die Einschätzung des Faschismus durch die SPD einerseits und die KPD andererseits?
2. Was tat die SPD gegen die aufkommende faschistische Gefahr? Welche Folgen hatte der Kurs des „kleineren Übels“?
3. Was bedeutete die Auffassung der KPD, daß der Faschismus nur im entschiedenen Massenkampf verhindert werden kann? Welche Fehler machte die KPD, und wie wurden diese Fehler überwunden? Welche Lehren ergeben sich daraus für unseren Kampf heute?
4. Was bedeutete die Einheitsfrontpolitik der KPD, und welche Lehren ergeben sich daraus für den antifaschistischen Kampf heute?

Der Kampf gegen die faschistische Gefahr

Die KPD an der Spitze des anti-faschistischen Kampfes (1929–1933)

Die Periode, die dieses Bildungsheft behandelt, war die Zeit der bis dahin tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus. Es waren Jahre der schwersten Erschütterung des nach der Novemberrevolution 1918 geschaffenen bürgerlich-parlamentarischen Systems. Es waren schließlich die Jahre der bedrohlich anwachsenden faschistischen Gefahr, wo alles darauf ankam, dieser Gefahr entgegenzutreten und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland zu verhindern.

In den Mittelpunkt des Bildungsheftes und unserer Bildungsabende wollen wir den zuletzt genannten Gesichtspunkt, vor allem die Haltung der SPD und der KPD zur wachsenden faschistischen Gefahr, rücken. Diese Problematik nimmt einen zentralen Platz in den heutigen ideologischen Auseinandersetzungen um das Ende der Weimarer Republik ein.

Das Anwachsen der faschistischen Gefahr

Der von der Brüning-Regierung in der Wirtschaftskrise verfolgte rigore Kurs des Lohn- und Sozialabbaus und der Senkung der staatlichen Ausgaben mußte die Krise noch verschärfen und schuf immer drückenderes Elend. Krise und Brüning'sche Notverordnungspolitik führten zum Ruin breiter kleinbürgerlicher Massen und ließen das Vertrauen dieser Massen zu den alten bürgerlichen Parteien – bis auf die katholische Zentrumspartei – rapide sinken. Unter diesen Umständen konnte die Nazi-partei (NSDAP) 1929 bei Landtagswahlen in Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen, Thüringen sowie bei Gemeindewahlen in Bayern bedeutende Erfolge erzielen. In Thüringen kamen die Nazis in einer Koalition mit anderen Rechtsparteien erstmals in eine Landesregierung. Ein dramatisches Signal für den bedrohlich angewachsenen Massenanhang der faschistischen Partei war dann die Reichstagswahl vom 14. September 1930. Die Nazis konnten mit einem Schläge ihre Stimmenzahl versiebenfachen und erhielten 6,4 Millionen Stimmen und 107 Mandate. Diese Stimmen kamen vorwiegend aus den kleinbürgerlichen Schichten, von Wählern der bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien, von früheren Nichtwählern und jungen Wählern.

Dieses Ergebnis der Reichstagswahlen war für die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals Anlaß, ihre Bemühungen um die Ersetzung der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen durch die offene faschistische Diktatur mit aller Macht zu verstärken. Sie sahen nunmehr in der Nazi-partei die Kraft, die imstande sein könnte, ihren Zielen, der Niederringung der Arbeiterbewegung, der Beseitigung der Demokratie, der Wiederaufrüstung Deutschlands und der Expansion

Parlamentarische
Erfolge der Nazi-
partei

nach außen, eine Massenbasis zu geben. Die Nazi­partei entsprach mit ihren extrem antikommunistischen, chauvinistischen und militaristischen Forderungen am ehesten den auf Revanche für den verlorenen ersten Weltkrieg und auf die Weltherrschaft gerichteten Zielen der aggressivsten imperialistischen Kreise. Was die Nazis für diese Kreise noch zusätzlich attraktiv machte, war die nunmehr erwiesene Fähigkeit der Nazi­partei, durch ihre nationale und soziale Demagogie die sich von den traditionellen bürgerlichen Parteien abwendenden klein­bürgerlichen Wählermassen aufzufangen.

Großkapital und Nazis

Noch setzte keineswegs das gesamte deutsche Monopolkapital bereits auf die Nazi­partei. Unterstützt wurde sie vor allem von den reaktionärsten, am stärksten an Rüstung und Krieg interessierten und vom wirtschaftlichen Rückgang in der Krise am meisten betroffenen Kreisen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, während die Konzernherren aus der stark exportorientierten Elektro- und Chemieindustrie noch auf das Präsidialkabinett Brünings und seine Notverordnungspolitik, auf Hindenburg, die Reichswehr und die alten bürgerlichen Parteien bauten. Aber mit der Verschärfung der Krise der Wirtschaft und des politischen Systems der Weimarer Republik neigten auch diese Teile des deutschen Großkapitals mehr und mehr zur Unterstützung der Nazi­partei. Mit Hilfe der insbesondere von der Schwerindustrie aufgebrachten Millionengelder (seit Februar 1930 erhielt die NSDAP sieben Pfennig für jede verkaufte Tonne Kohle von den Ruhrbaronen) hatte die Nazi­partei einen großen Apparat mit Tausenden von Angestellten aufbauen, das Netz ihrer Zeitungen und einer demagogischen Massenpropaganda ausbauen, die militärisch gegliederten, gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Terrorverbände verstärken und zahlreiche für die einzelnen Schichten und Berufe bestimmte Organisationen schaffen können.

Daß der mächtige und einflußreiche schwerindustrielle Flügel des Monopolkapitals auf die Beseitigung des Parlamentarismus zusteuerte, daß er die Brüning'sche Notverordnungs­diktatur dabei nur als vorbereitendes Durchgangsstadium ansah und daß er in diesem Prozeß mehr und mehr auf die Nazi­partei als politische Massenbasis und als terroristisches Instrument setzte, wird aber nicht nur durch die massive finanzielle Unterstützung bewiesen. Auch direkt verstärkten diese Kräfte schon im Frühjahr und Sommer 1931 ihre Bemühungen, eine Eingliederung der Nazi­partei in die Reichsregierung und in die Regierungen einzelner Länder zu erreichen. Im Oktober 1931 wurde die „Harzburger Front“ gebildet, ein Bündnis der rechtskonservativen Partei der Deutschnationalen, der klassischen Partei der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, mit der Nazi­partei und der chauvinistischen Frontkämpferorganisation des „Stahlhelm“. Dieses Bündnis sollte die Nazi­partei für die Bourgeoisie und für die Großagrarien salonfähig machen. Um dem Großkapital die Angst vor der antikapitalistischen Phraseologie der Nazi­partei zu nehmen (die ja ausschließlich auf den Massenbetrug gerichtet war, also rein demagogischen Charakter hatte), wurden die Nazi­führer bei den mächtigsten Konzernherren eingeführt. Im Dezember 1931 wurde Hitler von den Ruhrmagnaten Thyssen, Stinnes und Vögler empfangen, im Januar 1932 sprach er im Düsseldorfer Industrieklub vor den mächtigsten Männern des Industrie- und Bankkapitals. Thyssen war der Nazi­partei beigetreten, Vögler wurde Mitglied des Kepplerkreises, der wichtigsten Verbindungsstelle zwischen der Nazi­führung und dem Großkapital, aus dem

„Harzburger Front“

später der „Freundeskreis Reichsführer SS Himmler“ hervorging. In seiner Düsseldorfer Rede hatte Hitler sich den versammelten Konzernherren als einziger Retter vor dem „asiatischen Bolschewismus“ angepriesen, die „Ausrottung des Marxismus bis zur letzten Wurzel“ versprochen und war dafür mit begeistertem Beifall gefeiert worden, dem bald Millionenzuwendungen folgten. Diese Entwicklung stellte die gesamte Arbeiterbewegung – Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaften – vor eine prinzipiell neue Situation und erlegte ihr eine große historische Verantwortung auf.

Die Sozialdemokratie und die faschistische Gefahr

Besonders groß war die Verantwortung der sozialdemokratischen Partei für das Schicksal der Weimarer Republik. Ihr folgte die Mehrheit der Arbeiterklasse, insbesondere die große Mehrheit derer, die in der Krise noch nicht ihren Arbeitsplatz verloren hatte. Die SPD hatte jahrelang an der Spitze der Regierung gestanden oder hatte ihre Minister in Koalitionsregierungen unter bürgerlicher Führung entsandt. Sie hatte dem arbeitenden Volk viele Male versprochen, daß der Weg der Republik über soziale Reformen und die allmähliche Schwächung großkapitalistischer Wirtschaftsmacht direkt in den „demokratischen Sozialismus“ führen werde. Dieser „geordnete“ Weg der Reformen und des bürgerlichen Parlamentarismus wurde von den sozialdemokratischen Führern als das geschichtliche Gegenmodell zur russischen Oktoberrevolution, zum Weg Lenins gepriesen. Mit dieser Zielsetzung begründete sie ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit dem Besitzbürgertum, der Koalition mit den bürgerlichen Parteien, des Verzichts auf alle Sozialisierungsversprechungen und selbst die Tolerierung monarchistischer und militaristischer Verbände. Auch 1930 hatte die SPD noch wichtige Positionen inne: Sie führte die Regierung im weitaus größten deutschen Land, in Preußen, das über starke Polizeikräfte verfügte; sie regierte in anderen Ländern; der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stand unter sozialdemokratischer Führung, ebenso das Reichsbanner, eine republikanische Schutzorganisation.

Für die Stellung der rechten Führung der SPD zum deutschen Faschismus und zur faschistischen Gefahr ist vor allem charakteristisch, daß sie den wahren Klassencharakter des Faschismus als gewalttätiges Werkzeug der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Monopolkapitals nicht erkannte. In der SPD gab es eine große Zahl unterschiedlichster Definitionen des Faschismus; aber es dominierten diejenigen, die den Faschismus für eine „Rebellion des Kleinbürgertums“ hielten, die sowohl gegen die Arbeiterbewegung wie gegen die Bourgeoisie gerichtet sei. Der Einfluß der kleinbürgerlichen Massenbasis auf die Politik der faschistischen Bewegung wurde maßlos überschätzt, die anti-kapitalistische Demagogie der Nazi-Partei für bare Münze genommen, der Faschismus als eine zu vorkapitalistischen Verhältnissen drängende Strömung gedeutet. Man sah im Faschismus nicht eine Gegenoffensive des Kapitals gegen die gesamte Arbeiterbewegung, sondern eine „Reaktion“ auf revolutionäre Aktionen der Arbeiterbewegung. In seinen sozialen Grundlagen wurde der Faschismus als nur für industriell rückständige Länder mit überwiegender Agrarbevölkerung und

**Hitler vor
Konzernherren**

**SPD und Klassen-
zusammenarbeit**

**Falsches Verständnis
vom Faschismus**

Unterschätzung der faschistischen Gefahr

niedrigem Kulturniveau charakteristisch angesehen. Kautsky, auch damals noch ein führender Theoretiker der SPD, sah im Faschismus eine Bewegung der Deklassierten und erklärte, in einem industriellen Land wie Deutschland sei „eine so große Zahl von Lumpen in den besten Mannesjahren für kapitalistische Zwecke nicht aufzutreiben“.¹ In der theoretischen Zeitschrift der rechten SPD, den „Sozialistischen Monatsheften“, wurde Mussolini als „Mann der Tat“ – im Gegensatz zum „dogmatischen Sozialismus“ – gefeiert und ihm bescheinigt, er habe Gewalt zu „guten Zwecken“ angewandt.²

Hinzu kam eine geradezu selbstmörderische Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Augenblickliche eigene Wahlerfolge, die vorübergehende kapitalistische Stabilisierung in den Jahren 1924–1928, Stimmeinbußen der Nazis oder der Deutschnationalen genügten der SPD-Führung, um von einer endgültigen Niederlage des Faschismus zu sprechen. So schrieb der SPD-Parteivorsitzende Hermann Müller nach einer solchen Wahlniederlage der Nazis im Dezember 1924: „Der Kampf um die Diktatur ist in Deutschland ausgekämpft. Die künftige Entwicklung der deutschen Republik wird sich auf dem Boden des demokratischen Parlamentarismus vollziehen.“³ Weder die Erfahrungen des Kapp-Putsches 1920, noch die der Morde an den Weimarer Ministern Erzberger und Rathenau 1922, noch der bayerische Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 wurden von den SPD-Führern als ernsthafte Warnung vor der von rechts kommenden antirepublikanischen Gefahr verstanden. Selbst als dann 1929 die Nazi-Partei starke Stimmengewinne verbuchen konnte und die Gefahr unübersehbar geworden war, schrieb das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“, die SPD „sei schon mit ganz anderen Gegnern fertig geworden“; diese rechtsradikalen Bewegungen, hieß es, gleichen Rinnsalen, die zu normalen Zeiten träge dahinschleichen, aber sich bei schlechtem Wetter zu reißenden Großbächen verwandeln, die allerhand Trümmer und Unrat mit sich fortschwemmen: „Dauernden Schaden haben sie niemals anzurichten vermocht.“⁴ Selbst als die Nazi-Partei bei den Reichstagswahlen vom September 1930 ihre Stimmen auf über 6 Millionen steigern konnte und als sie damit für die inneren und äußeren Ziele des Imperialismus sprunghaft an Gewicht gewonnen hatte, negierten die SPD-Führer den fundamentalen Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapital. Die verhängnisvolle Unterschätzung der faschistischen Gefahr fand damals in einem Kommentar des SPD-Parteivorsitzenden Hermann Müller ihren Ausdruck, der u. a. schrieb: „In einer ähnlichen Zeit durch Not erzeugter Begriffsverwirrung, im Mai 1924, eroberten die Deutschnationalen 106 Mandate und die völkischen Gruppen 36. Am 14. September (1930) eroberten die Nazis 107 Mandate und die Deutschnationalen 41. Also fast das gleiche Volumen. Die Mannen Hitlers haben die Mannen Hugenbergs aufgefressen und sind dadurch stärker geworden.“⁵

Tolerierung der Not- verordnungsdiktatur

Der politische Kurs der SPD-Führung wurde in den Jahren 1930 bis 1932 bestimmt durch die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungsdiktatur. Begründet wurde diese Politik mit dem Argument, sie sei das „kleinere Übel“. Die SPD-Führung behauptete, nur durch die Tolerierung der Regierung Brüning und ihrer Notverordnungen könne die parlamentarische Demokratie gerettet, könne die Wirtschaftskrise mittels drastischer Sparmaßnahmen überwunden, ein weiteres Anwachsen des Faschismus und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur verhindert werden. Dies war die konsequente Fortsetzung der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien und der Zusammenar-

beit mit dem Kapital, ja der Duldung der antirepublikanischen und militaristischen Reaktion, die die faschistische Gefahr erst hatte entstehen lassen.

Die wirkliche Entwicklung in diesen Jahren bewies, daß der Kurs des „kleineren Übels“, die Duldung der Ausschaltung des Parlaments und der diktatorischen Notverordnungen Brüning den sozialdemokratischen Erwartungen völlig entgegengesetzte Folgen hatte und haben mußte. Da sich der Sozial- und Lohnabbau der Brüning-Regierung gegen die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten richtete, da die Wirtschaftskrise dadurch aber keineswegs gemildert, sondern noch verschärft wurde und immer größere Not bewirkte, trug die Tolerierungspolitik der SPD unvermeidlich dazu bei, die Bauern und die städtischen kleinbürgerlichen Massen in die Arme der Nazis zu treiben. Die von der SPD sanktionierte Ausschaltung des Parlaments durch Hindenburg und Brüning war nur dazu angetan, den Parlamentarismus und die bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen weiter in Mißkredit zu bringen und die nazistische Demagogie vom „starken Mann“ als Retter der Nation zu fördern. Der Notverordnungskurs Brüning zerstörte die Demokratie Stück um Stück und machte es so für breite Schichten des Volkes immer schwieriger, zu erkennen, was hier noch wert war, verteidigt zu werden.

Hinzu kam, daß die sozialdemokratisch geführten Länderregierungen sich zum direkten Vollstrecker der Brüning'schen Notverordnungen machten, daß sie die Verfolgungs- und Verbotsmaßnahmen gegen kommunistische Organisationen und Zeitungen durchführten, gewählten Kommunalbeamten, die der KPD angehörten, die Bestätigung verweigerten, Polizei gegen antifaschistische Arbeiter einsetzten. Auch das Argument, nur durch die Tolerierung der Brüning-Regierung könne eine Hineinnahme der Nazipartei in die Regierung vermieden und die faschistische Diktatur verhindert werden, wurde bereits damals von den politischen Tatsachen widerlegt. Der Kanzler Brüning verhandelte wiederholt mit den Führern der Deutschnationalen und der Nazipartei sowohl über ihre Eingliederung in Länderregierungen als auch in die Reichsregierung. Offizielle Koalitionsverhandlungen zwischen der katholischen Zentrumspartei Brüning's und der Nazipartei fanden nach den Wahlen vom Juli 1932 und dann wieder im November 1932 statt. In der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 10. November 1932 erwähnt der SPD-Vorsitzende Wels selbst den Plan des Zentrums, eine „Rechtsregierung von Nazis und Zentrum unter Duldung der Sozialdemokraten“ zu bilden.⁶

Die Politik des „kleineren Übels“ mußte unvermeidlich, da sie die sozialdemokratischen Massen vom Widerstand gegen den Abbau der Demokratie, gegen die schleichende Faschisierung abhielt, diesen Prozeß fördern und die faschistische Gefahr vergrößern. Auch der sozialdemokratische „Vorwärts“ hatte am 12. September 1930 die Regierung Brüning einen „Schrittmacher des Faschismus“ genannt. Nur im entschiedenen Massenkampf, durch die Anwendung der außerparlamentarischen Kampfmittel der Arbeiterklasse, die 1920 den Kapp-Putsch der militaristischen Reaktion niedergedrungen hatten, hätte der Faschismus verhindert werden können. Genau das schlug die KPD der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik immer wieder vor. Doch alle diese Angebote zu gemeinsamer Aktion wurden abgelehnt.

**Notverordnungskurs
zerstört Demokratie**

**Verfolgung der
Kommunisten**

**Verhinderung des
antifaschistischen
Massenkampfes**

Der Kampf der KPD gegen die wachsende faschistische Gefahr

Die grundsätzliche Haltung der KPD zur Weimarer Republik

Die Kommunistische Partei Deutschlands führte in diesen Jahren einen konsequenten Kampf gegen die anwachsende faschistische Gefahr und gegen die unsoziale und undemokratische Notverordnungs politik der Brüning-Regierung. Die prinzipielle Haltung der KPD zur Weimarer Republik war bestimmt durch die gesamten geschichtlichen Erfahrungen seit der Novemberrevolution von 1918 und den ihr folgenden Jahren der revolutionären Nachkriegskrise. Unter dem schützenden Dach der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie von Weimar war die Arbeiterklasse um alle Sozialisierungsversprechungen betrogen worden; war die wirtschaftliche und politische Macht des Großkapitals wieder erstarkt; hatten sich die monarchistischen, militaristischen und faschistischen Kräfte ungehindert entfalten können, die nunmehr die Weimarer Demokratie selbst bedrohten. Für diese Entwicklung trug die Führung der Sozialdemokratischen Partei die maßgebliche Verantwortung. Die KPD kämpfte gegen die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse der Weimarer Republik von einer grundsätzlich antiimperialistischen und sozialistischen Position aus, weil sie mit Recht davon ausging, daß nur die Überwindung der Macht des Großkapitals die soziale Unsicherheit, die politische Reaktion und die revan chistischen Kriegspläne der deutschen Imperialisten für immer hätten besiegen können.

KPD und Massenkampf

Als mit der Wirtschaftskrise, mit den reaktionären Plänen der Schwerindustrie und dem steilen Anstieg der Stimmen für die Nazipartei die faschistische Gefahr immer sichtbarer wurde, vertrat die KPD die absolut richtige Auffassung, daß der Faschismus nur im entschiedenen Kampf, durch entschlossene Massenaktionen, durch die Abwehr der Angriffe des Kapitals und die konsequente Verteidigung der demokratischen Rechte verhindert werden konnte. Daher wandte sich die KPD auch gegen die Tolerierung des Brüning'schen Notverordnungs-kurses durch die Führung der SPD, gegen die Politik des Nachgebens und des kampflosen Rückzugs vor der Reaktion, der die allmähliche Faschisierung begünstigen mußte.

Der Klassencharakter des Faschismus

Die Kommunistische Internationale und in ihren Reihen auch die KPD hatten bereits nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Italien und einigen anderen Ländern den Klassencharakter des Faschismus als Instrument und Herrschaftsform der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Monopolkapitals erkannt. Sie hatten zugleich die soziale Massenbasis der faschistischen Bewegungen im Kleinbürgertum, ihre soziale und nationale Demagogie betont, die sie von den alten bürgerlichen Parteien unterschied und besonders gefährlich machte. Bald nach den Wahlerfolgen der Nazipartei analysierte die KPD unter Führung Thälmanns die Ursachen des Aufschwungs der Nazibewegung. Das Politbüro des ZK der KPD stellte auf einer Sitzung am 4. Juni 1930 fest, daß an der Spitze der faschistischen Bewegung „ausschließlich bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums“ stehen. Mit allem Nachdruck wurde vor den wirklichen Zielen der Nazis – „die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die blutige Zerschmetterung der gesamten Arbeiterbewegung, die Errichtung eines Regimes des weißen Terrors“ – gewarnt und erklärt: „Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer

Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen." Es wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dazu die Aktionseinheit der Arbeiter aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen herzustellen.⁷

Ende August 1930 veröffentlichte das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, die Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Darin gab die Partei eine Analyse des Faschismus, der Nazibewegung, ihrer nationalen und sozialen Demagogie und wies zugleich den Ausweg im konsequenten antifaschistischen Kampf um die Überwindung der Macht des Monopolkapitals. In der Erklärung wurde der wahre Charakter der NSDAP entlarvt, wurde gezeigt, daß sie weder „national noch sozialistisch, noch eine Arbeiterpartei sei, sondern ein Werkzeug der Millionäre, der reaktionären Scharfmacher unter den Monopolherren“. Die Programmklärung deckte den nationalen Betrug der Faschisten in den Fragen des Versailler Vertrages, der Reparationen, der Grenzen, der Verschuldung auf und wies nach, daß diese Probleme nicht durch chauvinistischen Haß gegen andere Völker und durch Kriegsabenteuer, sondern nur auf friedliche Weise, ohne Eroberungskrieg und Unterdrückung anderer Völker lösbar seien. Sie unterstrich, daß es zur Befreiung des deutschen Volkes nicht genüge, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Macht der eigenen Bourgeoisie müsse gestürzt werden. In der Programmklärung wurden konkrete und aktuelle soziale und demokratische Forderungen aufgestellt und die Bildung einer umfassenden Kampffront gegen den Faschismus und die Monopole, für die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten vorgeschlagen.

Die KPD propagierte in dieser Zeit der tiefen Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit, der Verelendung der Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibenden nicht nur ihr grundsätzliches sozialistisches Ziel der proletarischen Volksrevolution und der Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Sie entwickelte auch unmittelbare soziale Programme, wie den Arbeitsbeschaffungsplan und das Bauernhilfsprogramm vom Mai 1931, deren Verwirklichung imstande gewesen wäre, das vom Kapitalismus erzeugte Elend und die Massenarbeitslosigkeit zu mildern. Diese Vorschläge umfaßten u. a. eine starke Ausdehnung des Wohnungsbaues; Baumaßnahmen im Verkehrswesen; Straßen-, Meliorations- und Kanalbauten; den Bau von Krankenhäusern, Kinderheimen, Sportplätzen usw. Zugleich forderte die KPD eine Verkürzung der Arbeitszeit, damit mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten. Der Arbeitsbeschaffungsplan wies auf konkrete Wege hin, wie diese Maßnahmen zu finanzieren waren: durch Streichung von Subventionen an die Konzerne und den Großgrundbesitz; durch Einschränkung der Militärausgaben; durch eine Sondersteuer auf Millionenvermögen und hohe Einkommen; durch die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Das Bauernhilfsprogramm der KPD schlug eine Schuldentilgung und die Senkung der Steuerlasten für die werktätigen Bauern, die Verwendung der den Junkern und Großagrariern gewährten zwei Milliarden Mark Osthilfe für die Kleinbauern, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung für Nebenerwerbsbauern und andere sozialpolitische Maßnahmen vor.

Die Programmklärung, die konstruktiven sozialen Forderungen für die werktätigen Massen, der kompromißlose Kampf der KPD gegen die

**Programmerkklärung
zur nationalen und
sozialen Befreiung
des deutschen Volkes**

**Der Arbeits-
beschaffungsplan
der KPD**

KPD verstärkt Masseneinfluß

Brüningsche Notverordnungs politik, vor allem aber ihr konsequenter Kampf gegen den Faschismus und den Straßenterror der Nazihänden in den Arbeitervierteln (er kostete Hunderten kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter das Leben) trugen dazu bei, daß die KPD in dieser Zeit ihren Masseneinfluß beträchtlich verstärken konnte. Die Kommunisten standen an der Spitze zahlreicher Streiks, die KPD errang wachsendes Vertrauen unter den Arbeitslosen, der Rotfrontkämpferbund als Arbeiterschutzzorganisation stand in der ersten Reihe der Abwehr des Naziterrors. Auch bei den Wahlen gelang es der KPD, das Vertrauen breiterer Schichten der Arbeiterklasse, besonders in den von der Krise am härtesten betroffenen Industriegebieten zu gewinnen. Bei den Reichstagswahlen von September 1930 konnte die KPD einen Zuwachs von 1,3 Millionen Stimmen verzeichnen, sie kam insgesamt auf 4,3 Millionen Stimmen und wurde zur drittstärksten Partei. In den Wahlkreisen Berlin (33 Prozent), Düsseldorf-Ost (26 Prozent) sowie Merseburg (25 Prozent) wurde die KPD zur stärksten Partei. Sie konnte aber meist nur die mit der Tolerierungspolitik der SPD unzufriedenen sozialdemokratischen Wähler gewinnen, jedoch keine neuen Wählerschichten für die Arbeiterparteien erobern, so daß der Block der Arbeiterstimmen zwischen 13 und 14 Millionen etwa gleich blieb. So wuchsen die Stimmenzahlen der Nazi partei – bis zum November 1932 – weit rascher, der es gelang, die bürgerlichen Parteien aufzureiben und zahlreiche frühere Nichtwähler aus bauerlichen und städtisch-kleinbürgerlichen Schichten an sich zu ziehen. Nur das gemeinsame antifaschistische Vorgehen der beiden Arbeiterparteien hätte diese Situation ändern und die Anziehungskraft der Arbeiterbewegung auf die verelendeten kleinbürgerlichen Schichten entscheidend erhöhen können.

Antifaschistische Einheitsfront notwendig

Die KPD hatte damals als einzige politische Massenkraft in Deutschland eine richtige antifaschistische und antiimperialistische Grundorientierung. Die faschistische Gefahr ging in erster Linie von den reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals, von der Schwerindustrie und der Hochfinanz aus, die die Nazi partei finanzierten und die bestrebt waren, sie bei der gesamten Bourgeoisie regierungsfähig zu machen. Die KPD hatte das klar erkannt und suchte diese Erkenntnis um so nachdrücklicher in die politische Praxis umzusetzen, je größer die faschistische Bedrohung anwuchs. Die KPD betonte, daß nur die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse, das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten imstande sein würden, die faschistische Gefahr abzuwenden und die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Das aber war unmöglich auf der Grundlage der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik der Notverordnungs diktatur Brünings. Denn Lohn- und Sozialabbau, steigende steuerliche Massenbelastungen, die völlige Ausschaltung des Parlaments konnten die Weimarer Republik nur diskreditieren und der Demagogie des Nazifaschismus neuen Auftrieb geben. So war der von der KPD verfochtene entschiedene Anti-Brünings-Kurs auch der einzig reale antifaschistische Kurs.

Fehler der KPD

Auf dieser prinzipiell richtigen antifaschistischen und antiimperialistischen Grundlinie beging die KPD aber einige ernste strategisch-taktische Fehler, die den Erfolg und die Massenwirksamkeit ihrer Politik schwächen mußten. Die strategische Orientierung der Partei war in diesen Jahren noch immer darauf gerichtet, die Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution, für ein sozialistisches Deutsch-

land zu gewinnen. Da diese Zielsetzung auch für die unmittelbare Zukunft proklamiert wurde, führte dies zu einer ungenügenden Differenzierung der staatlichen Herrschaftsformen des Kapitals und zu einer Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Es wurde nicht beachtet, daß, wie Dimitroff es formuliert hat, der Faschismus „nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur ist“.⁸

Damit hing ein anderer Fehler eng zusammen, nämlich, daß der Hauptstoß des politischen Kampfes der KPD noch zu einer Zeit gegen die Sozialdemokratie und die bürgerliche Demokratie gerichtet wurde, als es längst notwendig geworden war, den Hauptangriff gegen den Faschismus zu richten. Auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 sagte W. Pieck: „So notwendig es war, daß wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, also den Hauptstoß gegen diese Politik richteten, so hätten wir doch bei einer richtigen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie...“⁹

Diese falschen Auffassungen ebenso wie der Begriff des „Sozialfaschismus“ (als Kennzeichnung der die Kapitalherrschaft stützenden SPD-Politik) mußten die von der KPD ausgehenden Bemühungen um die gemeinsame antifaschistische Aktion der ganzen Arbeiterklasse schwächen. Eine hemmende Rolle bei der Entwicklung der Aktions Einheit der Arbeiterklasse spielte auch die Gegenüberstellung der Einheitsfront „von unten“ und „von oben“. Wilhelm Pieck sagte später auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935: „Wir haben diese beiden Formen lange Zeit schematisch gegenübergestellt und sie sogar als gegensätzlich betrachtet. Als wir uns von diesem Fehler befreiten, haben wir zwar beide Aufgaben gleichzeitig gestellt, aber sie doch nicht in einen dialektischen Zusammenhang gebracht, sondern mehr als ein gesondertes Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeiter und ein gesondertes Herantreten an die Organisationen praktiziert.“¹⁰

Die bürgerliche und besonders die sozialdemokratische Geschichtsschreibung der Bundesrepublik benutzt diese strategisch-taktischen Fehler der KPD, die „Sozialfaschismus“-These und einige taktische Maßnahmen zur Stützung der geschichtsfälschenden Legende, die Weimarer Republik sei durch den „Extremismus“ von rechts und von links zerstört worden. Das sind Behauptungen wider besseres Wissen, denn diesen Historikern (und der an sie anknüpfenden populären Geschichtspropaganda in den Medien) ist gut bekannt, daß in allen Krisensituationen, wo die Weimarer Republik durch antirepublikanische, militaristische Putsche, Fememorde oder sonstige gegenrevolutionäre

**Geschichtslegenden
der bürgerlichen und
sozialdemokratischen
Geschichtsschreibung**

Die These vom „Sozialfaschismus“

Aktionen bedroht war – beim Kapp-Putsch, nach den Morden an Erzberger und Rathenau –, die Kommunisten in den ersten Reihen der Kämpfer für die Verteidigung der Republik und der demokratischen Rechte standen, und zwar gemeinsam mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten. Mehrfach fand dies in gemeinsamen offiziellen Aufrufen der Führungen der Arbeiterparteien seinen Ausdruck. Es war nicht die Schuld der KPD, wenn in den Jahren seit 1930, als die faschistische Gefahr bedrohlich anwuchs, die Sozialdemokratie alle Angebote zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus ablehnte.

Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung beruft sich besonders gern und oft auf die „Sozialfaschismus“-These, auf die Haltung der KPD im preußischen Volksentscheid im Sommer 1930 und im Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932. Die „Sozialfaschismus“-These war zweifellos ein ernster Fehler, der es den SPD-Führern erleichterte, unter ihren Mitgliedern und Anhängern das Mißtrauen gegen die Kommunisten zu befestigen, sie vom gemeinsamen antifaschistischen Kampf abzuhalten.¹¹ Aber diese These war eine Reaktion auf die Duldung der konterrevolutionären und faschistischen Kräfte und Mordbanden in der Weimarer Republik unter sozialdemokratischer Verantwortung; auf die Bewaffung der Freikorps zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter durch Noske; auf die Polizei-provokation gegen die mitteldeutschen Arbeiter 1921; auf die vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert angeordnete Auseinanderjagung der legitimen sozialdemokratisch-kommunistischen Länderregierungen in Sachsen und Thüringen 1923; auf den 1. Mai 1929, an dem der Berliner SPD-Polizeipräsident Zörgiebel auf eine friedliche kommunistische Demonstration schießen ließ und 31 Arbeiter getötet wurden. Die „Sozialfaschismus“-These war auch insofern ein Reagieren der KPD, als es in der sozialdemokratischen Presse und Propaganda seit Mitte der zwanziger Jahre längst üblich war, Kommunisten und Faschisten, faschistische und bolschewistische „Diktatur“ gleichzusetzen. Bereits auf dem SPD-Parteitag 1924 erklärte einer der Führer, Artur Crispian: „Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“¹² Im März 1929 nannte der „Vorwärts“ die Kommunisten „Väter des Faschismus“.¹³ Der Parteivorsitzende Otto Wels erklärte auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder.“¹⁴

Der preußische Volksentscheid 1931

Bekanntlich wird der preußische Volksentscheid 1931 und der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932 von bürgerlichen und sozialdemokratischen Historikern als Beweis für eine „Zusammenarbeit“ der KPD mit den Nazis benutzt. Die taktische Haltung der KPD beim preußischen Volksentscheid war tatsächlich ein schwerer Fehler, der durch den Einfluß der sektiererischen Gruppe um Neumann im Zentralkomitee und durch Vertreter der Kommunistischen Internationale (Stalin, Molotow) zustande kam. Die KPD war zunächst gegen das von Deutschnationalen und Nazis eingeleitete Volksbegehren und den Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags aufgetreten, das den Sturz der sozialdemokratisch geleiteten Preußenregierung herbeiführen sollte. Ernst Thälmann hatte schon im Frühjahr 1931 im Zentralkomitee den Vorschlag zur Beteiligung zurückgewiesen und hatte veranlaßt, daß Paul Schwenk und andere kommunistische Abgeordnete im Landtag sich gegen das Manöver der Rechtsparteien wandten.¹⁵ Erst auf Druck der Exekutive der KI wurde die bereits beschlossene Ablehnung wider-

rufen. Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung verschweigt aber, daß die KPD vor der Abstimmung einen Brief an die preußische Regierung richtete, in dem sie vier Forderungen zum Kampf gegen den Faschismus und auf sozialem Gebiet unterbreitete, von deren Beantwortung sie ihre Entscheidung für oder gegen den Volksentscheid abhängig machte. Der SPD-Innenminister Carl Severing lehnte es ab, auf diese Vorschläge auch nur einzugehen.

Im Berliner Verkehrsarbeiterstreik aber lagen die Dinge ganz anders. Eine große Mehrheit der Verkehrsarbeiter hatte sich am 2. November 1932 durch Urabstimmung für den Streik gegen den mehrfach erfolgten Lohnabbau ausgesprochen. Die Nazis traten aus rein demagogischen Gründen für eine Streikbeteiligung ein. Die KPD vertrat die völlig richtige Auffassung, daß die Einbeziehung aller Verkehrsarbeiter in den Streik am besten geeignet sein würde, die soziale Demagogie der Nazis zu entlarven. Dem Streikkomitee gehörten nicht nur Kommunisten und parteilose Arbeiter, sondern auch Sozialdemokraten an. Wie verlogen die Vorwürfe gegen die KPD sind, ist inzwischen durch die Protokolle der Beratungen der sozialdemokratischen Parteiführung vom 10. November 1932 bewiesen, wo einige der anwesenden SPD-Führer nicht nur die volle Berechtigung des Streiks anerkannten, sondern auch schwere Vorwürfe an die Adresse der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wegen deren Nichtbeteiligung richteten. So sagte der Berliner SPD-Führer Litke auf dieser Beratung: „Es ist eine Urabstimmung gewesen, und der Gesamtverband konnte ihr nicht Folge leisten, weil nicht die Dreiviertelmehrheit vorhanden war. Der Gesamtverband wußte doch, daß von 21 000 Mann Belegschaft nur 6000 freigewerkschaftlich organisiert waren, dann hätte er seine Mitglieder selbst zusammenberufen und sie selbständig abstimmen lassen sollen. Nachdem sich überhaupt 66 Prozent für den Streik erklärt hatten, hätten sie bestimmt für den Streik gestimmt, und dann wäre eine klare Entscheidung dagewesen...“¹⁶

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik von 1932

Der Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront und zur Verhinderung des Faschismus 1932

Fehler in der strategisch-taktischen Konzeption ihrer Politik hinderen aber die KPD nicht daran, im entscheidenden Krisenjahr der Weimarer Republik 1932 alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus zu erreichen. Mit der zunehmenden Gefahr verstärkten sich die Bemühungen und wurden zum beherrschenden Bestandteil der politischen Praxis der KPD. Die Partei überwand in dieser Praxis bereits viele sektiererische Hemmnisse. Der Kurs auf die antifaschistische Einheit mit den sozialdemokratisch organisierten oder beeinflussten Arbeitermassen befreite die tägliche Praxis der Partearbeit von manchen (theoretisch und publizistisch noch aufrechterhaltenen) falschen Auffassungen. Schon Ende 1931 hatte Ernst Thälmann vor der ganzen Partei mit allem Nachdruck klargemacht, daß es darauf ankomme, die sozialdemokratischen Arbeiter „durch kameradschaftliche Aufklärung und ihre eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf“ zu überzeugen, und er hatte entschieden sek-

Kurs auf die antifaschistische Einheit

Vorschläge der KPD für gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse

Die „Antifaschistische Aktion“

Ablehnung durch die Führungen der SPD und Gewerkschaften

tierisches „lautes Geschrei und Geschimpfe“ zurückgewiesen. „Wir fordern nicht von den Sozialdemokraten“, sagte er, „daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen.“¹⁷

Die Führung der KPD unterbreitete in diesen Monaten wiederholt der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Vorschläge für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus. Auf dem Plenum des Zentralkomitees im Februar 1932 wurde das politische Kräfteverhältnis realistisch eingeschätzt, der Faschisierungsprozeß differenziert untersucht. Thälmann warnte davor, den Ernst der Lage zu unterschätzen, er forderte von der Partei eine „außerordentliche Verschärfung“ des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus an allen Fronten; als „Hauptkettenglied“ der Politik der Partei bezeichnete er eine „elastische Einheitsfrontpolitik“, die an den „stürmischen Willen der Massen zur Einheit“ anknüpfen müsse.¹⁸ Die KPD ging daran, überparteiliche Einheitsfrontorgane zu bilden, die den Kampf gegen die weitere Verschlechterung der sozialen Lage, gegen das Notverordnungsregime und gegen den Naziterror führen sollten.

Im April 1932 richtete die KPD ein Angebot an die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, worin sie betonte, daß sie zur Zusammenarbeit „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind“, und die den Kampf gegen soziale Reaktion und Faschismus führen wolle, bereit sei. Ende Mai 1932 tagte das Zentralkomitee der KPD und initiierte den bis dahin wichtigsten Schritt zur Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront, indem sie dazu aufrief, eine „Antifaschistische Aktion“ als überparteiliches Organ zu bilden, um dem Nazifaschismus den Weg zur Macht zu verlegen. In dem Aufruf wurden die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die Reichsbannermitglieder und gesamte Arbeiterklasse zu gemeinsamem Handeln aufgefordert, „um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will“.¹⁹ Die „Antifaschistische Aktion“ setzte sich zum Ziel, durch den organisierten Massenseibtschutz den Terror der Nazibanden zu brechen, die sozialen und demokratischen Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Thälmann erklärte, die „Antifaschistische Aktion“ sei ein überparteiliches Sammelbecken, sie sei keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Die Resonanz war stark. Es entwickelten sich vielerorts Einheitsausschüsse, in Großbetrieben entstanden gemeinsame Komitees, in einigen Städten und Gemeinden kam es zu örtlichen Vereinbarungen kommunistischer und sozialdemokratischer Organisationen. Besonders häufig vereinigten sich kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zur gemeinsamen Abwehr des Straßenterrors der Nazis.

Die Führungen der SPD und der Gewerkschaften lehnten aber nach wie vor jede gemeinsame Aktion, jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Am 28. Juni 1932 verbot der Parteivorstand der SPD in einem Rundschreiben an alle Bezirksvorstände jegliche Einheitsfrontverhandlungen. In Hamburg stimmten die SPD-Abgeordneten im Geschäftsordnungsausschuß der Bürgerschaft für die Aufhebung der Immunität Ernst Thälmanns. Die Führung der SPD beschuldigte die KPD, sie habe die „Antifaschistische Aktion“ als Manöver organisiert

und die Einheitsfrontpolitik sei nicht ehrlich gemeint. Dazu sagte Ernst Thälmann am 8. Juli 1932 in einer Unterredung mit sozialdemokratischen Arbeitern: „Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser, in den Gefängnissen schwächten Tausende unserer Genossen... Und angesichts dieser Tatsachen, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?“ Ernst Thälmann betonte auch, daß die KPD die sozialdemokratischen Arbeiter als Mitglieder der SPD für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen suche.

Die neue Stufe der Einheitsfrontpolitik der KPD fand in zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen, aber auch in der Praxis der kommunistischen Fraktionen in den Parlamenten ihren Ausdruck. Die KPD-Fraktion stimmte nach der Neuwahl des preußischen Landtags im April 1932 gemeinsam mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum alle Anträge der Nazi- und der Deutschnationalen, die auf eine Ablösung der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung zielten, nieder. Die KPD-Fraktion erklärte sich bereit, für ein Landtagspräsidium aus SPD- und Zentrumsabgeordneten zu stimmen, wenn diese Parteien keine Nazis oder Deutschnationalen ins Präsidium wählen würden. Das Zentrum aber ermöglichte die Wahl des Nazis Kerrl zum Landtagspräsidenten. Als im Juli 1932 die KPD forderte, das von der Reichsregierung unter von Papen ausgesprochene Verbot des SPD-Zentralorgans „Vorwärts“ und des Zentrumsblattes „Kölner Volkszeitung“ nicht auszuführen, beteiligten sich SPD und Zentrum nicht einmal an den Abstimmungen zum Schutze ihrer eigenen Zeitungen.²¹

Wie ernst es die Kommunisten mit der Einheitsfront meinten, bewiesen in diesen Monaten zahlreiche gemeinsame örtliche Aktionen, über die es in einem damaligen Bericht des Reichsinnenministeriums heißt: „Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen; in Duisburg erörtern Funktionäre der Eisernen Front im Parteibüro der KPD Einheitsfrontmaßnahmen. Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen sind schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erscheinen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD, wenn auch noch nicht in der von der KPD erhofften Zahl. Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe und äußern Kritik an der Politik von SPD und ADGB.“²²

Im März und April 1932, bei den Präsidentenwahlen, hatte die SPD den Kandidaten der bürgerlichen Mitte und der gemäßigten Rechten, von Hindenburg, unterstützt. Es war die logische Fortsetzung der Politik des „kleineren Übels“. Die SPD-Führung begründete dies damit, daß sie Hindenburg als Garanten der Weimarer Verfassung, als Barriere gegen einen faschistischen Staatsstreich anpries. In Wirklichkeit verhandelten aber die Kräfte, auf die die Führer der SPD bauten, längst mit Deutschnationalen und Nazis über deren Hineinnahme in die Regierung. In der sozialdemokratischen Presse und Propaganda wurde das Ja zur Kandidatur Hindenburgs als Ausdruck staatsmännischer

Örtliche Einheitsaktionen

SPD unterstützt Hindenburg

KPD: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler

Der Staatsstreich der Papen-Regierung

Weisheit gefeiert und behauptet, wenn Hindenburg wiedergewählt werde, dann hätten die Nazis „ihr Spiel verloren“, dann sei ihr Plan des „Putsches von oben“ undurchführbar geworden; Hindenburg werde niemals „ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments“ sein.²³ Ein dreiviertel Jahr später wurde der SPD-Präsidentschaftskandidat Hindenburg zum Vollstrecker eben dieses „Putsches von oben“ und berief Hitler zum Reichskanzler.

Die KPD hatte vorausgesagt: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Schon bald nach den Präsidentenwahlen hatte Hindenburg den Kanzler, der seinen Wahlkampf angeführt hatte, Brüning, aus dem Amt gejagt. Auf Drängen schwerindustrieller und junkerlicher Kreise hatte er unter der Kanzlerschaft von Papens ein noch reaktionärereres Kabinett berufen. Das verstärkte die Gefahr der Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur außerordentlich. Die SPD-Führung nannte die Papen-Regierung ein „Kabinett der Barone“ mit monarchistischer Grundorientierung. Ernst Thälmann antwortete mit der Warnung, diese Regierung der „Industriekapitäne, Junker und Generale“ sei eine Regierung der großkapitalistischen Diktatur, „die die faschistische Diktatur in Deutschland unmittelbar vorbereitet und aufrichten will“.²⁴ Das bestätigte sich bald, als Papen am 20. Juli 1932 die stärkste politische Bastion der Sozialdemokratie und der republikanischen bürgerlichen Parteien, die rechtmäßige Regierung Preußens, auf dem Wege des Staatsstreichs absetzen und durch einen von ihm eingesetzten Staatskommissar ersetzen ließ.

Das war die bis dahin ernsteste Warnung, daß die Reaktion entschlossen war, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie vollends zu beseitigen. Der 20. Juli, an dem die von der SPD geführte Regierung unter Braun und Severing widerstandslos kapitulierte, war ein entscheidender Knotenpunkt im Prozeß der Zerstörung der Weimarer Republik. Die gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse, die die Unterstützung aller demokratisch-republikanischen Kräfte gefunden hätte, wäre allein imstande gewesen, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Das Zentralkomitee der KPD richtete einen dringenden Appell an die Führungen der SPD und der Gewerkschaften, den Staatsstreich der Papen-Regierung mit einem Generalstreik zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Preußenregierung zu beantworten. Aber die Führungen der SPD und der Gewerkschaften waren selbst in dieser äußersten Situation nicht bereit, auf das Angebot der KPD einzugehen. Sie wiesen es vielmehr als „Provokation“ zurück und vertrösteten auf ein Urteil des Staatsgerichtshofes und auf die bevorstehende Reichstagswahl vom 31. Juli. Jede außerparlamentarische Massenaktion lehnten sie ab, obwohl selbst die sozialdemokratische Presse konstatieren mußte, daß in diesen Tagen in den Versammlungen der sozialdemokratischen „Eisernen Front“ eine Kampf Stimmung von beispielloser „Leidenschaftlichkeit und Entschlossenheit“ herrschte.²⁵

Schon einige Tage vor dem Staatsstreich hatte das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ davor gewarnt, die Aufrufe der KPD zu Proteststreiks „aus irgendeinem Anlaß ernst zu nehmen“ und hatte erklärt: „Wir lassen diese letzte entscheidende Waffe des Proletariats nicht durch Pfuscher abstumpfen. Ob und wann sie einzusetzen ist, darüber entscheiden allein die verantwortlichen Organisationen.“ Aber die Führer der SPD und der Gewerkschaft dachten in keinem Augenblick daran, diese Mittel einzusetzen oder überhaupt außerparlamentarischen Widerstand

zu leisten. Da die große Mehrheit der noch in Arbeit stehenden Betriebsarbeiter aber der SPD und den sozialdemokratisch geleiteten Gewerkschaften folgte, wäre das Wort der SPD-Führer ausschlaggebend gewesen. Nur gemeinsam hätten Sozialdemokraten und Kommunisten einen politischen Massen- und Generalstreik durchführen können. Die KPD allein war dazu nicht imstande, da ihr Einfluß in den Großbetrieben durch die Massenarbeitslosigkeit geschwächt worden war. Im Oktober 1930 war nur noch jedes dritte Mitglied der KPD in Betrieb beschäftigt, im März 1931 nur noch jedes vierte und Ende 1932 gar nur noch jedes neunte, während 1928 noch 55 Prozent der Parteimitglieder in Betrieben gearbeitet hatten. Deshalb war unter den gegebenen Bedingungen die historische Verantwortung der SPD-Führer für die Aktionen der Arbeiterklasse so groß.

Auch in den letzten Monaten der Weimarer Republik setzten die SPD- und Gewerkschaftsführer diese Politik des kampflosen Rückzugs und der Ablehnung jeder gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten fort. Wo in den sozialdemokratischen Führungsgremien nach dem 20. Juli Fragen in dieser Richtung auftraten, wurden die Frager von den einflußreichsten Führern auf eine unbestimmte Zukunft vertröstet.²⁶ Zugleich wurde die faschistische Gefahr weiterhin in verhängnisvoller Weise unterschätzt. Als die Nazipartei bei den Wahlen vom 6. November 1932 zwei Millionen Stimmen verlor und ihr Höhepunkt überschritten schien, als unter dem General von Schleicher ein „Platzhalterkabinett“ berufen wurde, stimmte die sozialdemokratische Führung bereits Jubellieder an, daß nun die Gefahr gebannt sei. An der Jahreswende rühmte Hilferding, einer der wichtigsten Repräsentanten der Politik des „kleineren Übels“, die SPD hätte mit ihrer Politik „den Eintritt der Faschisten in die Regierung verhindert“, die Faschisten seien nun in die Legalität gebannt, die ihnen nur die Wahl lasse, „als dienendes Glied in einem Bürgerblock den beginnenden Abstieg zu beschleunigen oder ihm in einer Opposition erst recht nicht zu entgehen...“²⁷

In Wirklichkeit mußte gerade diese Wahlniederlage der Nazipartei für die zur Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur drängenden Kreise des Monopolkapitals ein Warnsignal sein, den günstigen Augenblick nicht verstreichen zu lassen und ihre Anstrengungen zu verstärken. In welcher unvorstellbarer Weise die Führer der SPD die Gefahr unterschätzten und bagatellisierten, ist aus dem wenige Tage nach den Wahlen erfolgten Ausspruch des Parteivorsitzenden Otto Wels erkennbar, der in der Beratung des SPD-Parteiausschusses vom 10. November 1932, also zweieinhalb Monate vor dem Machtantritt Hitlers erklärte: „Wir stehen nicht am Ende der Demokratie. Die Kämpfe, die die Leute fünfmal an die Wahlurne gerufen haben, sagen uns, daß wir am Anfang der Demokratie stehen.“²⁸ Zu dieser Zeit waren bereits intensive Verhandlungen der einflußreichen monopolkapitalistischen Kreise mit Hitler im Gange. In den Villen des Bankiers von Schröder und des Schwerindustriellen Kirdorf wurden die unmittelbaren Vorbereitungen für die Berufung Hitlers zum Kanzler getroffen.

Noch in letzter Stunde, am 30. Januar 1933, als der von den SPD-Führern als „Garant der Verfassung“ gefeierte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte, wandte sich die KPD mit dem Angebot an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, gemeinsam den Generalstreik durchzuführen. Doch auch in dieser äußersten geschichtlichen Krise war die SPD-Führung nicht bereit, ihre legalistischen Illusionen

Kampfloser Rückzug der sozialdemo- kratischen Führer

SPD-Führung lehnt Aufruf zum Generalstreik ab

**KPD allein nicht
stark genug**

Der Faschismus siegt

und ihre antikommunistischen Vorurteile aufzugeben. Wieder, wie nach dem 20. Juli, warnten die sozialdemokratischen Führer vor „vorläufigen“ Aktionen und erklärten, die Hitlerregierung sei eine „legale Rechtsregierung“ und „wer gegen die Regierung Hitler-Papen zur Anwendung nichtverfassungsmäßiger Mittel riete, würde sich moralisch ins Unrecht setzen“.²⁹

Der Sieg des Faschismus in Deutschland, die Zerstörung der Weimarer Republik hatten ihre Hauptursache in der Spaltung der Arbeiterbewegung, darin, daß die Führung der SPD und der Gewerkschaften bis zum bitteren Ende die Einheitsfront mit den Kommunisten, die gemeinsame antifaschistische Massenaktion ablehnten. Die KPD aber war allein nicht stark genug und vor allem zuwenig in den entscheidenden Schichten der noch in Arbeit stehenden Arbeiter der Großbetriebe verankert, um einen aussichtsreichen Massen- und Generalstreik beginnen zu können. Die KPD hat in den letzten Jahren der Weimarer Republik, vor allem seit der Gründung der „Antifaschistischen Aktion“, einen an Intensität und Breite zunehmenden und sektiererische Hemmungen überwindenden Kampf für die antifaschistische Einheitsfront geführt. Die Führung der SPD hat nur nicht alle Angebote der KPD zu gemeinsamem Handeln abgelehnt; sie hat ihrerseits an keinem der krisenhaften Knotenpunkte der Entwicklung eigene Vorschläge zur antifaschistischen Einheit gemacht oder selbst zu außerparlamentarischen Massenaktionen aufgerufen. Hier liegen die entscheidenden Ursachen für die Errichtung der faschistischen Diktatur, und hier liegen auch die wichtigsten geschichtlichen Lehren.

Anmerkungen

- 1 K. Kautsky, die materialistische Geschichtsauffassung, Bd. 2, S. 478, Berlin 1927.
- 2 Wally Zappler, Faschismus und Sozialismus, Sozialistische Monatshefte, 29. Jg., Bd. 60, 1923, Heft 9, S. 599.
- 3 Vorwärts vom 8. 12. 1924.
- 4 Vorwärts vom 27. 10. 1929.
- 5 Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für 1930, S. IV.
- 6 Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand, S. 25, Bonn-Bad Godesberg 1975.
- 7 Deutsche Geschichte, Band 3, S. 124–125, Berlin (DDR) 1968.
- 8 VII. Weltkongreß der KI, S. 94, Frankfurt/M. 1975.
- 9 Die Brüsseler Konferenz der KPD, S. 76–77, Frankfurt/M. 1975.
- 10 Ebenda, S. 78.
- 11 Siehe J. Schleifstein, Die „Sozialfaschismus“-These – Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt/M. 1980.
- 12 Protokoll des Berliner Parteitags der SPD 1924, S. 49.
- 13 Vorwärts vom 29. 3. 1929.
- 14 Protokoll des Leipziger Parteitags der SPD 1931, S. 19.
- 15 Ernst Thälmann – Eine Biographie, S. 529, Frankfurt/M. 1979.
- 16 Hagen Schulze, a. a. O., S. 67–68.
- 17 Die Internationale 1931, Heft 11/12, S. 490; Ernst Thälmann..., S. 500–540.
- 18 Ernst Thälmann..., S. 546–547.
- 19 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin (DDR), 1966.
- 20 Ernst Thälmann..., S. 578.
- 21 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 347.
- 22 Ebenda, Dokument 97, S. 584.
- 23 Das freie Wort, Jg. 1932, Heft 1, S. 3–4; ebenda, Jg. 1932, Heft 6, S. 3.
- 24 Ernst Thälmann..., S. 575.
- 25 Vorwärts vom 21. 7. 1932.
- 26 Hagen Schulze, a. a. O., S. 22, 28, 71, 98.
- 27 Die Gesellschaft, X. Jg., 1933, Heft 1, S. 8–9.
- 28 Hagen Schulze, a. a. O., S. 52.
- 29 Das freie Wort, Jg. 1933, Heft 2, S. 3.

Bücher zum Thema

Jan Petersen

Unsere Straße

Damnitz Verlag, München,
Kleine Arbeiterbibliothek.,
Band 48, 327 S., 8,— DM
Bestell-Nr.: 1130/7913001

Dieser Roman wurde zum erstenmal 1936 im Ausland veröffentlicht. Es war unter großen Schwierigkeiten gelungen, ihn aus dem faschistischen Hitlerdeutschland herauszuschuggeln. Er ist eine Chronik der Ereignisse in der Wallstraße in Berlin-Charlottenburg zur Zeit des Machtantritts der Faschisten. Es wird aufgezeigt, wie die Arbeiter den Widerstand organisieren.

Richard Scheringer

Das große Los

**Unter Soldaten,
Bauern und Rebellen**
Damnitz-Verlag, München,
Kleine Arbeiterbibliothek
Band 53, 424 S., Taschenbuch, DM 9,80.
Best.-Nr. 1130/7913008

Vom Reichswehrleutnant der „Schwarzen Reichswehr“ zum Kommunisten – das ist der Lebensweg Richard Scheringers. Er widerlegt in seinem Buch die These von Strauß und Co., daß Sozialismus und Nationalsozialismus gleich sind.

Josef Schleißein

Die „Sozialfaschismus“-These

Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund
Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., 94 S., 6,50 DM
Best.-Nr.: 1110/8011005

Der Autor untersucht die Ursachen und Quellen der „Sozialfaschismus“-These.

Jan Petersen

Unsere Straße



Kleine Arbeiterbibliothek

Richard Scheringer

Das große Los



Kleine Arbeiterbibliothek

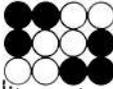
Josef Schleißein

Die „Sozialfaschismus“-These

Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund



Marxismus aktuell

collectiv

literatur

Ernst Thälmann

Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., zwei Bände,
Band 1: 309 S., DM 7,50
Best.-Nr.: 1110/0600366
Band 2: 407 S., DM 7,50
Best.-Nr.: 1110/0800296

Diese Auswahl von Reden und Schriften Ernst Thälmanns gibt einen ausführlichen Einblick in das Wirken des international bekannten Revolutionärs, des langjährigen Vorsitzenden der KPD. In dieser Ausgabe sind zum ersten Mal wieder Artikel aus der „Roten Fahne“ und Reden aus dem Reichstag veröffentlicht.

VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Referate und Resolutionen
Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., Leinen, 343 S.,
7,— DM

Der Kongreß aus dem Jahre 1935 demonstrierte die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, und er erarbeitete die Generallinie für den Kampf gegen Faschismus und Krieg, für Demokratie, Frieden und Sozialismus.

Zur Aktionseinheitspolitik der KPD 1919 – 1946

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., 160 S., Paperback, 7,50 DM

Die Dokumente geben einen Überblick über die vielfältigen Versuche der KPD zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

aus der **collectiv-Buchhandlung**

Chronik

1. Mai 1929 Blutmai. Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel läßt auf demonstrierende Arbeiter schießen. 33 Tote, mehrere hundert Verletzte.
8. – 15. Juni 1929 12. Parteitag der KPD in Berlin. Die KPD orientiert auf die Organisation des antifaschistischen Massenkampfes.
- 24., 28. und 29. Oktober 1929 Kursstürze an der New Yorker Börse lösen Weltwirtschaftskrise aus.
30. März 1930 Der Zentrumsolitiker H. Brüning bildet neue Regierung unter Ausschaltung der Sozialdemokraten.
1. Juni 1930 Beginn eines achtwöchigen Streiks von 13 000 Mansfeld-Arbeitern.
16. Juli 1930 Erste Notverordnung der Brüning-Regierung.
24. August 1930 KPD veröffentlicht Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.
14. September 1930 Reichstagswahlen. Die SPD erhält 8,6 Millionen Wählerstimmen. KPD 4,59 Millionen. Stimmzahl für die NSDAP steigt von 0,81 Millionen auf 6,38 Millionen.
- 11.–12. Oktober 1931 Zusammenschluß von NSDAP, Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm und führenden Vertretern des Finanzkapitals zur „Harzburger Front“.
9. Dezember 1931 Thyssen und Vöglger konferieren mit Hitler im Berliner Hotel „Kaiserhof“.
27. Januar 1932 Hitler entwickelt auf einer von Thyssen einberufenen Versammlung im Düsseldorfener Stahlhof vor 300 Vertretern des Monopolkapitals sein Programm.
10. April 1932 Reichspräsidentenwahlen. Hindenburg wird wiedergewählt. Thälmann erhält 3,7 Millionen Stimmen.
24. April 1932 Die NSDAP zieht nach den Landtagswahlen mit 162 Abgeordneten in den Preußischen Landtag ein.
24. Mai 1932 Ernst Thälmann schlägt die Bildung einer antifaschistischen Aktion vor. In den folgenden Wochen werden in allen Teilen Deutschlands antifaschistische Einheitsausschüsse gebildet.
30. Mai 1932 Rücktritt des Brüning-Kabinetts.
4. Juni 1932 Reichstagsauflösung, als das Kabinett Papen ohne Mehrheit bleibt.
20. Juli 1932 Papen wird nach dem Staatsstreich gegen die von Sozialdemokraten geleitete preußische Regierung Reichskommissar für Preußen. SPD-Vorstand kapituliert. KPD ruft zum Generalstreik auf.
31. Juli 1932 Reichstagswahlen. Leichte Stimmengewinne für die Nazis. Die KPD gewinnt 750 000 neue Stimmen hinzu.
12. September 1932 Erneute Auflösung des Reichstags.
6. November 1932 Bei Reichstagswahlen erhält die KPD fast 6 Millionen Stimmen. In den Industriezentren ist sie zur stärksten Partei geworden. Die NSDAP verliert 2 Millionen Stimmen (statt 230 nur noch 196 Mandate).
3. Dezember 1932 Bildung einer Übergangsregierung durch General von Schleicher.
4. Januar 1933 Papen und Hitler treffen sich bei Bankier Schröder
5. Januar 1933 Treffen Hitlers mit führenden Vertretern des Monopolkapitals
28. Januar 1933 Schleicher wird zum Rücktritt gezwungen.
30. Januar 1933 Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler. Appell der KPD zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront.